

## N i e d e r s c h r i f t

Über die Besprechung mit den Liechtensteiner Gruppen  
am 13. u. 14.3.1943 im Kurgartenhotel in Friedrichshafen.

### Teilnehmer:

Dr. G o o p	Volksdeutsche Bewegung Liechten stei
Dr. R i t t e r	" " "
Martin H i l t i	" " "
Jugendführer S c h a e d l e r	" " "
Dr. Otto S c h a e d l e r	Vaterländische Union
Dr. V o g t	" "
Prof. S c h a e d l e r	" "
//-Sturmbannführer H u m m i t z s c h,	Reichssicherheits- hauptamt
//-Sturmbannführer B ö h m,	SD-Leitabschnitt Stuttgart
//-Hauptsturmführer Dr. H u e g e l	" "
Sekretärin Frl. H ö c k e r	" "
//-Hauptscharführer M o c k e r l	" Innsbruck

Die Leitung der Besprechungen hatte

//-Hauptsturmführer Dr. S i c h e l s c h m i d t,  
Volksdeutsche Mittelstelle Berlin.

Die bereits seit fast 1 Jahr geplante Besprechung über die Zusammenarbeit der beiden deutsch-orientierten Gruppen in Liechtenstein (Volksdeutsche Bewegung und Vaterländische Union) kam am 13./14. März 1943 in Friedrichshafen zustande.

Eine Zusammenlegung beider Gruppen stand nicht zur Debatte, zumal ein politisches Zusammengehen vorläufig nicht nötig sein wird, da der Fürst die im Frühjahr 1943 fälligen Wahlen bis auf weiteres zurückgestellt hat und damit der Landtag auf unbestimmte Zeit verlängert wurde.

Der Verhandlungsleiter wies zunächst darauf hin, daß die Führung der Volkstumspolitik gegenüber Liechtenstein im Reich jetzt eindeutig bei der Volksdeutschen Mittelstelle liegt, die den  $\text{H}$ -Hauptsturmführer Dr. H u e g e l, Stuttgart, zu ihrem ständigen Verbindungsführer bestellt hat. Innerhalb des Auswärtigen Amtes liege die Führung beim Referat D VIII. Die klare Herausstellung der verantwortlichen Stelle im Reich biete nunmehr die Voraussetzung für eine einheitliche Ausrichtung der beiden Gruppen in Liechtenstein. Hierbei solle von beiden Gruppen nichts verlangt werden, was gegen die Anerkennung des Liechtensteinischen Staates verstoße.

Dr. V o g t (Vaterländische Union) hielt eine politische Zusammenarbeit für unmöglich, dagegen setzte er sich für eine solche auf kulturellem Gebiet ein. Er begrüßte den Gedanken der Schaffung eines Heimatbundes auf überparteilicher Grundlage.

Dr. G o o p hatte ohne die Zustimmung der Volksdeutschen Mittelstelle am 6.3.43 die Leitung der Volksdeutschen Bewegung niedergelegt und sie seinem bisherigen Vertreter Dr. R i t t e r übergeben. Gleichzeitig gab er seine Staatsstellung als Lehrer in Eschen auf, um zur Waffen- $\text{H}$  einzurücken. Dieser zweifellos etwas übereilte Schritt, der vollendete Tatsachen schaffen sollte, mußte zunächst als Flucht vor der Verantwortung angesehen werden. In der persönlichen Aussprache mit Dr. G o o p verstärkte sich jedoch der Eindruck, daß im wesentlichen idealistische Motive dahinter stehen. In der Anhängerschaft von Dr. Geop ist die Meldung zur Truppe auch in dieser Weise aufgefaßt worden und hat dementsprechend gut gewirkt.

Dr. G o o p trat trotzdem noch als Wortführer der Volksdeutschen Bewegung auf. Er stellte zunächst die Frage, ob die Volksdeutsche Bewegung ihre bisherige Taktik des offenen Kampfes gegen den Liechtensteinischen Staat und der Forderung des Anschlusses aufgeben müsse. Diese Frage wurde bejaht. Danach wird die Volksdeutsche Bewegung in Zukunft den bestehenden

Staat und das Fürstenhaus als gegebene Tatsache hinnehmen, was natürlich nicht ausschließt, daß sie gegenüber der jetzigen Regierung ihre oppositionelle Haltung beibehält, aber immer im Rahmen der Legalität.

Dr. G o o p forderte eine Abgrenzung zwischen den Aufgaben der Volksdeutschen Bewegung und der Vaterländischen Union. Diese wurde dahin festgelegt, daß die Volksdeutsche Bewegung den Zusammenschluß der aktiven nationalsozialistischen Kräfte bildet, während die Vaterländische Union darüber hinaus ein Sammelbecken aller anderen Kreise ist, die "deutsch, antibolschewistisch und lichtensteinisch" eingestellt sind. In diesem Zusammenhang traf Dr. V o g t die bemerkenswerte Feststellung, daß er und Dr. S c h a e d l e r für die Vaterländische Union keinerlei Programm haben, sondern daß diese Partei lediglich das Instrument zur Unterbauung ihrer persönlichen Positionen in der Regierung und im Landtag sei. Weiterhin bestritt Dr. V o g t, daß die Volksdeutsche Bewegung aus Nationalsozialisten bestehe; sie sei lediglich ein Sammelbecken der grundsätzlich oppositionell Eingestellten.

Dr. G o o p verwahrte sich sehr deutlich gegen diesen Vorwurf, zumal die Tatsachen für die nationalsozialistische Einstellung des überwiegenden Teiles seiner Gefolgschaft sprechen, vor allem die verhältnismäßig große Zahl der Freiwilligen bei der Waffen- und in der Wehrmacht.

Über das rein kulturelle hinweg betonte Dr. G o o p die Möglichkeit einer politischen Zusammenarbeit auf antibolschewistischer Grundlage. Dem mußten auch die Vertreter der Vaterländischen Union zustimmen. Es wurde die Schaffung eines "Antibolschewistischen Komitees" beschlossen, daß auf überparteilicher Grundlage durch gemeinsame Vorträge, Veranstaltungen und Presseveröffentlichungen hervortreten soll. Eine geeignete Persönlichkeit als Präsident dieses Komitees konnte noch nicht bestimmt werden.

Anstelle der bisher von R. S c h a e d l e r geleiteten "Arbeitsgemeinschaft für Kultur und Volkstum" soll ein "Heimatbund" gegründet werden, der die Aufgaben der Volkstums- und Heimatpflege erfüllen und kulturelle Veranstaltungen durchführen soll. Als Leiter war der anwesende Prof. S c h a e d l e r vorgesehen, der aber aus gesundheitlichen Gründen vorläufig absagen mußte. Dr. V o g t will nunmehr Verbindungen mit Karl H a r t m a n n aufnehmen, um diesen zu bewegen, die Leitung zu übernehmen.

Die Volksdeutsche Bewegung erklärte sich bereit, ihre bisherige M.S.V. in ein gemeinsames "Deutsches Hilfswerk" zu überführen. Als Leiter wurde von Dr. Goop der anwesenden Dr. S c h a e d l e r vorgeschlagen, der aber wegen Arbeitsüberlastung absagte. Ein anderer Namensvorschlag konnte nicht gemacht werden.

Die Jugendfrage wurde nur berührt, da die Schaffung einer gemeinsamen Jugendorganisation noch ein zu schwieriges Problem ist. Der Jugendführer S c h a e d l e r war für Beibehaltung des bisherigen Zustandes. Die Volksdeutsche Bewegung forderte von der Vaterländischen Union lediglich ein klares Abrücken von den Pfadfindern, vor allem in der Presse, was aber von Prof. S c h a e d l e r, dem Schriftleiter des "Lichtensteiner Vaterlandes", mit dem Hinweis auf den zu erwartenden Abonnentenrückgang abgelehnt wurde. Wegen ihrer schwierigen Finanzlage steht dann die Existenz des Blattes auf dem Spiel. Aus demselben Grunde wurde von der Vaterländischen Union einer Zusammenarbeit in den beiden Zeitungen ("Umbruch" und "Vaterland") Schwierigkeiten gemacht.

#### Ergebnis:

Der Wunsch der Volksdeutschen Bewegung war, zu einer schriftlichen Abmachung über das Ausmaß der Zusammenarbeit wenigstens in einigen Mindestforderungen zu kommen. Da sich jedoch in den Verhandlungen die Abneigung der Vaterländischen Union

gegenüber einer schriftlichen Vereinbarung sehr deutlich zeigte, wurde von reichsdeutscher Seite hiervon Abstand genommen; denn erstens hätte man sich kaum ohne langwierige parlamentarische Verhandlungen auf schriftliche Formulierungen einigen können und darüber hinaus erschien es aus frühere Erfahrungen nicht als sicher, daß sich die Vaterländische Union an diese Vereinbarungen halten würde, sondern daß sie vielmehr bei der Unterschrift ihre "inneren Vorbehalte" mache würde. In der Schlußsitzung wies der Verhandlungsleiter auf diesen Tatbestand hin, stellte jedoch eine Frist von 2 Monaten für die Verwirklichung der obengenannten Pläne, auf deren Durchführung Dr. H u n g e l immer wieder drängen wird

Das greifbare Ergebnis der Verhandlungen ist also gering. Es zeigte sich, daß Männer wie Dr. V o g t u. Dr. S c h a e d l e r einfach nicht in der Lage und Willens sind, direkt auch nur die kleinsten Entschlüsse zu fassen. Neben der liberal-parlamentarischen Grundeinstellung dieser Männer tragen daran natürlich die engen Verhältnisse in Liechtenstein schuld, die aus jedem kleinen Problem gleich eine Staatsfrage erster Ordnung machen. Hinzu kommt, daß sie offenbar klare Festlegungen aus politischen Gründen nicht wollen, daß ihre Verhandlungsbereitschaft mit der Volksdeutschen Bewegung und Reichsstellen also nur dem Gebot politischer Klugheit entspricht, sich für alle Fälle nach der nationalsozialistischen Seite hin den Weg offen zu halten.

Die Verhandlungen haben nicht zuletzt darin ihren Sinn gehabt, daß die Einstellung der verschiedenen Männer in den Debatten recht deutlich zum Vorschein kam. Gegenüber der bereits erwähnten Haltung der Vaterländischen Union fiel die der Männer der Volksdeutschen Bewegung wohltuend auf. Sie waren wesentlich großzügiger, klarer und entschiedener in ihrer Verhandlungsweise. Vor allem Dr. G o o p zeigte eine erfreuliche Klarheit und Hartnäckigkeit, die allerdings den Herren der Vaterländischen Union umso mehr auf die Nerven fiel.

Bei der Volksdeutschen Bewegung blieb eine gewisse Nieder-  
geschlagenheit wegen des Ausbleibens einer schriftlichen  
Vereinbarung zurück. Der neue Leiter, Dr. R i t t e r  
meinte, daß die Bewegung das Opfer gebracht habe, sich auf  
die Legalität festzulegen und auf der anderen Seite keine  
greifbaren Erfolge für sie zu verzeichnen seien.

Dr. G o o p zeigte immer wieder eine weitgehende Bereit-  
schaft, die Belange der Volksdeutschen Bewegung hinter der  
Notwendigkeit der Zusammenarbeit zurückzustellen.

Trotz der persönlichen Spannungen, die in den Verhandlungen  
gelegentlich aufbrachen, hat die Zusammenkunft unter reichs-  
deutscher Leitung doch einen Erfolg gehabt, zumindest ins-  
fern, als nach langer Zeit zum ersten Male die beiden Gruppen  
wieder überhaupt beisammen saßen. Vor allem in den in-  
offiziellen Zusammenkünften kamen sich die Vertreter beider  
Richtungen menschlich wieder näher. Es muß dafür gesorgt  
werden, daß diese erste Fühlungnahme nicht wieder einschläft,  
sondern verstärkt wird. Es wird entscheidend darauf ankommen,  
daß Dr. H u e g e l durch möglichst häufige Fühlungnahme  
immer wieder dafür sorgt, daß die Zusammenarbeit dann auch  
bald greifbare Erfolge zeigen wird und die Beschlüsse mög-  
lichst rasch in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

Berlin, den 19.3.43